

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Buchhandlungen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, drei Quartale 2,50 M. (halbjährlich 4,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,30 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

4. Jahrgang Dresden, Montag den 12. November 1928 Nummer 264

## Das Ruhrproletariat an die deutsche Arbeitererschaft!

Die Konferenz der Kampfleitungen der ausgesperrten Metallarbeiter an Rhein und Ruhr hat einen Aufruf an die deutsche Arbeitererschaft beschlossen, in dem sie die deutsche Arbeitererschaft auffordert, die Ruhrarbeiter in ihrem schweren Kampfe durch aktive Solidarität zu unterstützen. In dem Aufruf heißt es:

Die Aussperrung der 215 000 Metallarbeiter ist ein weiterer Schritt in der Lohnabbaupolitik der Trustherren und Kapitalgewaltigen, die in allen kapitalistischen Ländern gegen die Arbeiter vorgehen.

Die Schwerindustriellen kämpfen im Auftrage ihrer Klasse. Alle Feinde der Arbeiterklasse bilden mit ihnen eine geschlossene Front, sie kämpfen um die Sicherung ihrer Macht. Genau so wie 1923/24 von den Schwerindustriellen der erste Schlag gegen den Achtstundentag erfolgte, der die Beteiligung desselben im ganzen Reich zur Folge hatte, führen dieselben Unternehmer jetzt den ersten Schlag wieder gegen die Metallarbeiter, um den Lohnabbau für alle Arbeiter zu erzwingen.

Eingedenk dieser Erfahrung muß die gesamte Arbeiterklasse unseren Kampf solidarisch unterstützen.

### Einheitliche Kampffront tut not!

Darum handelt solidarisch, marschiert mit uns in einer Front, stellt Lohnforderungen, beruft sofort Belegschaftsversammlungen ein, nehmt zur Lage Stellung, geht auf die Straße, demonstriert, bildet Komitees zur Vorbereitung der kommenden Kämpfe, sammelt Geld und Nahrungsmittel für die hungernden Kämpfenden.

Die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer predigen Ruhe und Ordnung. Das soll die Antwort der Arbeiter auf den wütenden Angriff der Unternehmer sein! Sie versuchen, die gebildete einheitliche Front der Kämpfenden zu zerbrechen, sie verhindern Belegschaftsversammlungen und Demonstrationen zur Durchsetzung ausreichender Unterstützungen durch die Kommunen. Sie verweisen die Arbeiter an die Armenpflege und verhöhnen die Massen der einheitlich an der Seite der Organisierten kämpfenden Unorganisierten. Sie bekämpfen die notwendige Verbreiterung der Kampffront.

Die Gewerkschaftsführer sind zu jedem Kompromiß bereit . . .

Die Voraussetzung für den Sieg der Metallarbeiter war und ist die Herausbildung einer Kampfführung, die von den Arbeitern selbst gewählt, den Verrat der Reformisten unmöglich macht und den Kampf gegen die Unternehmer rücksichtslos nach dem Willen der Arbeiter führt.

Die räuberische Offensiv der Metallindustriellen muß beantwortet werden mit der rücksichtslosesten Gegenoffensive der gesamten Arbeitererschaft. Das erfordert:

Die Verbreiterung der Kampffront und die höchste Solidarität aller Arbeiter mit den Kämpfenden an Ruhr und Rhein.

Massengenossen, erkennt den ganzen Ernst der Lage! Indem wir um die Durchsetzung unserer Lohnforderungen und gegen den verbindlich erklärten Schiedsspruch kämpfen, indem ihr Bergarbeiter für die Bezahlung der Feierschichten und für eure Lohnforderungen die Massen zum Kampfe mobilisiert,

indem ihr Verkehrs- und Gemeinbediensteter eure Lohnforderungen aufstellt und euch in die Front der Kämpfenden einreißt, führt ihr den Schlag gleichzeitig gegen das

### Schändliche Schlichtungswesen,

das jederzeit nur den Unternehmern Nutzen brachte, gegen die sozialdemokratisch-kapitalistische Koalitionsregierung, die ebenso wie die Regierung des Bürgerblocks bei der Hüttenbewegung 1927 rücksichtslos die Unternehmer unterstützt und die Massen der Kämpfenden unterdrückt.

Gegen Sozialimperialismus und gegen das kapitalistische Ausbeutensystem!

Gegen die Diktatur des Trustkapitals — die Diktatur der arbeitenden Massen! Für den Sozialismus!

Darum Kampf mit allen Mitteln und mit allen Kräften bis zum Sieg der Arbeiter in dieser riesenhaften Auseinandersetzung!

## Ruhe vor dem Sturm in Nordwest

Düsseldorf, 12. Nov. (Eig. Drahtmeldung)

Im gesamten Nordwestgebiet herrscht verhältnismäßig Ruhe. Es ist die Ruhe vor dem Sturm. In Gelsenkirchen fand eine gut besuchte Feier der russischen Revolution statt. Die Veranstaltung wurde zu einer spontanen Solidaritätskundgebung der Bergarbeiter mit den kämpfenden Hüttenarbeitern.

In Hamburg zogen 2000 Arbeiter vor das Rathaus, obwohl in dieser Stadt nur wenige Hüttenbetriebe hülfigen. Dort hielt der Reichstagsabgeordnete Jaddach eine Rede, die mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die Polizei verlor wieder, zu provozieren, was ihr an einigen Stellen, wo sie zu handgreiflich wurde, auch gelang.

In Essen ließ die Firma Krup Flugblätter verteilen, eines von den Unternehmerflugblättern in den

letzten Tagen, die die ideale Grundlage für die neuen Verhandlungen sein sollen.

Heute 9 Uhr begannen in Duisburg Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht. Man erwartet, daß die Klaffenjustiz wie üblich, zugunsten der Unternehmer entscheiden wird.

### Folgen des Ruhrkampfes

Frankfurt, 12. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Opelwerke schließen am 30. November ihre Betriebe, falls bis dahin der Eisenkonflikt noch nicht beigelegt ist.

### Die Nationalisierung der Bergindustrie

Schwarzwald vor der Stilllegung?

Berlin, 12. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie das Berliner Tageblatt aus Schiffsahrtkreisen berichtet, soll heute im Haushaltsausschuß des Reichstages über das Schicksal der Schwarzwaldwerke beraten werden. Während bisher die dieser Werke vom Reich gewährten Kredite mit 12 Millionen Mark benannt wurden, wird jetzt bekannt, daß die Stilllegung der Werke in einer Höhe von 28 Millionen Mark vorwiegend aus Reichskrediten bestehen soll. Die Schwarzwaldwerke waren bekanntlich die früheren UB-Werke.

### Die „juristische Aktion“ der Gewerkschaftsführer

Das Arbeitsgericht Duisburg, vor dem heute die Feststellungsklage der Unternehmer zur Verhandlung kommt, hat die Leitungen der drei Metallarbeiterverbände zur Gegenüberstellung aufgefordert. Diese Gegenüberstellung ist nun vor. Die Leitungen der drei Verbände betonen dabei sehr stark, daß, gleichwohl wie ein verbindlich erklärter Schiedsspruch zuzunehmen kommt, ein solcher von ihnen als „Hohheitsakt“ betrachtet werde, der unperfekt sei. Ferner erklären die drei Verhandlungsleitungen, daß sie die Ausführungsbestimmungen zur Schlichtungsordnung, deren Rechtsgültigkeit von den Unternehmern bestritten wird, als rechtsgültig betrachten. Bestritten wird von den Unternehmern die Bestimmung, daß der Schlichter das Recht haben soll, allein, ohne eine Mehrheit der Schlichterkommittee, einen Schiedsspruch zu fällen. Im selben Sinne wie ihre Gegenüberstellung, ist auch die Gegenüberstellung der drei Verhandlungsleitungen, die sie ebenfalls vor dem Duisburger Arbeitsgericht erheben, gehalten.

Wir wissen, daß es den Unternehmern nur auf einen formellen Vorwand ankommt, weil sie ja nicht gegen das Schlichtungswesen selbst sind. Wenn es ihren Interessen entspricht, werden sich die Unternehmer von keinerlei gleichlichen Bestimmungen von der Durchführung von Kampfmaßnahmen abhalten lassen. Im kapitalistischen Staat sind die Gewerkschaften gegen die Proletarier gerichtet und werden von der Klassenjustiz dementsprechend angewandt.

Wenn sich die Leitungen der drei Metallarbeiterverbände darauf beschränken, den Rechtsweg zu verfolgen, anstatt durch Verbreiterung und Verschärfung des Kampfes das Ringen zugunsten der Arbeiter zu erschweren, so unterstützen sie damit direkt das Unternehmertum. Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß die Gewerkschaftsleitungen in ihrer Antwort demokratisch zu erkennen geben, daß sie die Forderung der Schlichtungsordnung möglichst verstärken wollen, was sich natürlich gegen die Arbeitererschaft auswirkt. Denn kein Unternehmer wird sich durch die Bestimmungen der Schlichtungsordnung von Kampfmaßnahmen abhalten lassen, und der kapitalistische Staat wird keine Zwangsmassnahmen gegen Unternehmer anwenden.

Die kämpfende Arbeitererschaft legt keinerlei Hoffnung auf den famolen „Rechtsweg“. Es gilt, die Kampffront zu verbreitern, die Solidaritätsaktion zu verstärken, denn nur ein wirklicher Einig proletarischer Kraft kann den Sieg bringen.

## Heute Ruhrkampfdebatte im Reichstag

Wissells Schacher — Unternehmerangriff auch auf die Arbeitszeit

In der ersten Sitzung des Reichstages am Montag, dem 12. November, haben die von der kommunistischen Fraktion zum Ruhrkampf eingebrachten Interpellationen und Anträge zur Debatte. Für die kommunistische Fraktion wird Genosse Florin, Essen, sprechen. Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung zur Lage im Ruhrgebiet Stellung genommen, um dem Arbeitsminister Wissell Richtlinien für die Bearbeitung der verschiedenen Anträge der Fraktionen zu geben. Wie verlautet, wird die Regierung durch Arbeitsminister Wissell eine Erklärung abgeben. Die meisten Fraktionen haben ebenfalls bereits ihre Redner bestimmt. Für die sozialdemokratische Fraktion wird Abgeordneter Veand, für die deutschnationale Fraktion Abgeordneter v. Vindeiner-Wildau, für die Fraktion der Deutschen Volkspartei Abg. Dr. Moldenhauer sprechen. Das Zentrum hat den Abg. Dr. Stegerwald als Redner bestimmt. Für die Demokraten spricht Abg. Schneider, Berlin.

Wie wir dazu weiter aus Berlin erfahren, wird Wissell den Standpunkt der Regierung so formulieren, daß die Entscheidung des Arbeitsgerichtes abgewartet werden soll, bevor weiteres veranlaßt wird. Wissell wird weiter die Verantwortlichkeit der Regierung zur Zahlung von Wohlfahrtsunterstützung (!) an die ausgesperrten Ruhrarbeiter erklären. Die Regierung denkt nicht daran, an dem jetzigen Schlichtungswesen oder gar an dem Recht des Arbeitministers, die Schiedssprüche für verbindlich zu erklären, das geringste zu ändern.

Neuer die Fortführung des Schachers Berichtes die Berliner Presse, daß der Reichsgerichtspräsident Dr. Simon nach Anfang dieser Woche zu Verhandlungen im Ruhrkampf einladen werde, wozu der Vorwärts mittelst, die Verhandlungsabstimmung bringe eine Abweisung über die Arbeitszeitfrage, über die übrigens bereits jetzt verhandelt werde. Der Vorwärts hat dagegen nichts einzuwenden.

Diese Mitteilung belegt, daß die Unternehmer ihre Angriffe nicht nur gegen den gefällten Schiedsspruch, sondern zugleich gegen die verhänglich noch teilweise geregelte Arbeitszeit richten.

Die heutige Beratung der kommunistischen Interpellationen und Anträge zur Unterstützung der kämpfenden Ruhrarbeiter gibt die Möglichkeit, die verwerfliche Haltung der Unternehmer und den Verrat der reformistischen Ge-

werkschaftsführer im Ruhrkampf, wie er heute schon offen zum Ausdruck kommt, in breiter Öffentlichkeit zu behandeln.

Die Gesamtarbeitererschaft muß den Kampf für die Forderungen der Ruhrarbeiter in breiter Front aufnehmen. Der Appell der Kampfleitungen des Ruhrgebietes muß ein tausendfaches Echo in allen Teilen des Reiches bringen. Der Kampf an der Ruhr, der Kampf für die Forderungen der kommunistischen Reichstagsfraktion, die die Forderungen der Ruhrarbeitererschaft sind, kann nur dann zum Siege führen, wenn die Arbeitererschaft im ganzen Reich sich einmütig mit den Arbeitern von Rhein und Ruhr solidarisiert.

### „Ruhige Haltung der Gewerkschaften“

Das ist die triumphierende Heberschrift in einem Unternehmerblatt, der Königschen Zeitung, vom 10. November.

Die Unternehmer freuen sich über die verräterische Taktik der Reformisten.

Arbeiter, verlasst ihnen die Front!  
Verbreitert die Kampffront!

### Der Schacher geht weiter

Berlin, 12. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Düsseldorfer Regierungspräsident, der Sozialdemokrat Bergemann, hat die am Tarifvertrag für die nordwestliche Eisenindustrie beteiligten Unternehmer, und Arbeiterverbände für Dienstag zu einer Besprechung über die durch die Aussperrung geschaffene Lage eingeladen. Der Regierungspräsident will prüfen, ob Aussicht für eine Vermittlung besteht.